

„Tauziehen um Fremdarbeiter“

Das Presseecho auf das deutsch-italienische Anwerbeabkommen von 1955

1 Problemaufriss und Fragestellung

Auch wenn die Immigration der „Gastarbeiter“ nach Deutschland bis Anfang der 1960er-Jahre zahlenmäßig noch zu vernachlässigen war (vgl. Herbert 2001: 206ff.): Begonnen hat sie mit dem ersten Anwerbeabkommen, das die Bundesregierung im Dezember 1955 mit Italien schloss. Darin wurde gezielt die Anwerbung und Vermittlung italienischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt geregelt. Die bilaterale Vereinbarung sollte Grundstein und Ausgangspunkt für die erste Phase der deutschen Zuwanderungspolitik der Nachkriegszeit werden. Diese erste Phase hielt bis zur Wirtschaftskrise und zum Anwerbestopp 1973 an – ihre Folgen beschäftigen uns bis heute.

In zahlreichen Inhaltsanalysen wurde bereits die Darstellung der „Gastarbeiter“ in der deutschen Presse untersucht¹. Die vorliegende Studie setzt eine Stufe weiter unten an: Es soll nicht darum gehen, wie die „Gastarbeiter“ tatsächlich in der Bundesrepublik aufgenommen wurden. Sondern darum, welche Reaktionen die Ankündigung, dass sie ins Land kommen würden, ausgelöst hat. Hat man sich in Deutschland zum Zeitpunkt der Vereinbarung mit den unmittelbaren und langfristigen Konsequenzen der Anwerbepolitik auseinandergesetzt? Gab es einen öffentlichen Diskurs über Für und Wider einer Beschäftigung ausländischer Arbeiter? Wurde die durch das Anwerbeabkommen ausdrücklich geförderte Einwanderung als ein Phänomen mit dauerhaften, spürbaren Folgen wahrgenommen, oder nur als vorübergehende, abstrakte Maßnahme zur Überwindung eines akuten Arbeitskräftemangels? Stellte sich die Frage, wie man die ausländischen Arbeiter in die deutsche Gesellschaft integrieren könnte?

1 Zu erwähnen sei hier vor allem Delgado (1972). Vgl. auch die Beiträge von Müller, Javadian Namin und Fick in diesem Band.

2 Historischer Kontext

„Deutsche Geschichte“, schreibt der Wirtschaftshistoriker Werner Abels-hauser (2004: 11), „ist seit 1945 vor allem Wirtschaftsgeschichte. Nichts hat den westdeutschen Staat stärker geprägt als seine wirtschaftliche Entwicklung.“ Nach dem völligen Zusammenbruch am Kriegsende gelang es, Wirtschaft und Industrie innerhalb eines Jahrzehnts wieder aufzubauen. Der hohe Arbeitskräftebedarf konnte zunächst vor allem durch massive Zuwanderung aus den unter polnischer Verwaltung stehenden Ostgebieten gedeckt werden (vgl. Prollius 2006: 18). Mit der boomenden Wirtschaft stieg jedoch auch der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften weiter. Mitte der 1950er-Jahre begannen sich Vollbeschäftigung und etwas später ein Arbeitskräftemangel abzuzeichnen (vgl. Herbert 2001: 202). Hinzu kam der Personenbedarf der 1955 neu gegründeten Bundeswehr. Demgegenüber stand indes die allgemeine Wohnungsnot: Die Bevölkerung Westdeutschlands war bis in die Mitte der 1950er-Jahre durch die Zuwanderung der Vertriebenen und Flüchtlinge stark angewachsen. Doch obwohl der soziale Wohnungsbau massiv gefördert wurde und allein von 1950 bis 1960 mehr als fünf Millionen Wohnungen entstanden, war die Wohnraumknappheit Mitte der 1950er-Jahre noch ein großes Problem (vgl. Prollius 2006: 97).

2.1 Deutsche Ausländerpolitik

Ausländerpolitik, so definiert Karl-Heinz Meier-Braun (1983: 65), sind „die staatlichen Konzepte und Maßnahmen, die ausländische Arbeitnehmer betreffen“. Die bundesdeutsche Politik sah es als ihre Aufgabe an, die Wirtschaft mit Arbeitskräften zu versorgen (vgl. Mehrländer 1978: 115). Als absehbar wurde, dass die inländischen Arbeitskraftreserven nicht ausreichen würden, war die Anwerbung ausländischer Kräfte die logische Konsequenz.

2.1.1 Das deutsch-italienische Anwerbeabkommen

Das Anwerbeabkommen² zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und Italiens bildete im Dezember 1955 den Auftakt einer gezielten, zunächst „prophylaktischen“ (Herbert 2001: 202) Zuwanderungspolitik Deutschlands. Erst-

2 Originaltitel: Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über die Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland (Bundesregierung 1955: 52ff.).

mals hatte Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard im November 1954 öffentlich die Möglichkeit zur Sprache gebracht, italienische Arbeiter nach Deutschland zu holen (vgl. Herbert 2001: 202).

Dieser ersten Ankündigung folgten weitere, mehr oder weniger konkrete Absichtsbekundungen und Dementis, bis am 20.12.1955 das Anwerbeabkommen unterzeichnet wurde. Nach seinem Vorbild wurden in den 1960er-Jahren weitere Verträge geschlossen³. Dem Anwerbeabkommen lagen die folgenden fünf Prinzipien zugrunde (vgl. Pagenstecher 1994: 28):

1. **Staatliche Anwerbung:** Auswahl und Vermittlung der Arbeiter lagen zentral in der Hand der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.
2. **Inländerprimat:** „Gastarbeiter“ sollten nur dann angefordert werden, wenn keine Deutschen für einen Job zur Verfügung standen.
3. **Tarifgleichheit:** Um Lohndrückerei vorzubeugen, sollten die ausländischen Arbeiter vergleichbaren deutschen Kollegen sozial- und tarifrechtlich gleichgestellt sein.
4. **Rotationsprinzip:** Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis galten maximal ein Jahr. Man ging davon aus, dass die Arbeiter anschließend in ihre Heimat zurückgehen würden.
5. **Kontrolle:** Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung waren aneinander gebunden, die Voraussetzungen wurden von Arbeitsamt und Ausländerbehörde streng überwacht.

Trotz des Rotationsprinzips wurde der Familiennachzug – und damit auch ein dauerhafter Aufenthalt der „Gastarbeiter“ – bereits in der ersten Vereinbarung zumindest theoretisch in Betracht gezogen (vgl. Bundesregierung 1955: 54).

3 Inhaltsanalyse: Methodik, Forschungsfragen und Kategorien

3.1 Methodik

Die Inhaltsanalyse ist eine wissenschaftliche Methode zur Untersuchung von dokumentierten Kommunikationsprozessen (vgl. Klammer 2005: 249). Harold

3 1960 mit Spanien und Griechenland, 1961 mit der Türkei, 1964 mit Portugal und 1968 mit dem damaligen Jugoslawien (vgl. Herbert 2001: 208). Auch mit Tunesien und Marokko gab es ab Mitte der 1960er-Jahre bilaterale Verträge über die Vermittlung von Arbeitskräften nach Deutschland (vgl. Mehrländer 1978: 116).

D. Lasswell brachte das Ziel der (Massen-)Kommunikationsforschung 1948 auf die Formel „Wer sagt was zu wem auf welchem Kanal und mit welcher Wirkung?“ (zit. nach Diekmann 2004: 485). Mithilfe der Inhaltsanalyse können zumindest Teile dieser Frage beantwortet werden. Denn bei dieser Methode geht es nicht allein um die Erfassung des Inhalts eines Textes, sondern auch um Schlussfolgerungen daraus:

Durch die systematische Analyse der Textmerkmale lassen sich Aussagen zu Verfasser, Adressaten oder sozialem Kontext der Texte machen und somit Rückschlüsse auf soziale Wirklichkeit ziehen. (Klammer 2005: 49)

Diese noch junge und recht weit gefasste Beschreibung scheint für die vorliegende Studie angemessen, weil sie den Schwerpunkt auf die Systematik und Zielsetzung der Analyse legt, dabei aber den Anspruch auf Objektivität sowie die Schwerpunktlegung auf die „quantitative Beschreibung des manifesten Inhalts von Kommunikation“ ausklammert, die Bernard Berelson in einer ersten Begriffsbestimmung 1952 vorgeschlagen hatte (vgl. Diekmann 2004: 482)⁴. Die vorliegende Analyse kombiniert quantitative und qualitative Methoden, nicht zuletzt in der Absicht, die Klammer (2005: 256f.) zusammenfasst:

Quantitative Inhaltsanalysen gewährleisten in der Regel ein hohes Maß an intersubjektiver Nachprüfbarkeit der Ergebnisse, was allerdings zulasten der Relevanz gehen kann. Um die Relevanz sicherzustellen, d.h. möglichst alle untersuchungsrelevanten Bedeutungen zu berücksichtigen, können die untersuchten Kommunikationsinhalte gleichzeitig qualitativ analysiert werden.

3.2 Untersuchungsgegenstand

Als Untersuchungseinheiten der Inhaltsanalyse wurden *Bild* und *Welt* ausgewählt. Beide Zeitungen sind überregionale, bundesweit verbreitete Titel. Sie erscheinen daher geeignet, den übergeordneten politischen und gesellschaftlichen Diskurs vor, nach und zum Zeitpunkt des Anwerbeabkommens abzubilden. Da in dieser Phase, wie zuvor erläutert, die Zuwanderung quantitativ noch unbedeutend war, ist davon auszugehen, dass persönliche Erfahrungen mit „Gastarbeitern“ noch nicht oder nur vereinzelt thematisiert werden konnten bzw. mussten. Auf die Untersuchung einer Regional- oder Lokalzeitung,

4 Auf die Diskussion, die auf Berelsons Beschreibung folgte und bis heute fortgeführt wird, soll an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

die solche Diskussionen typischerweise abbilden könnte, wurde daher bewusst verzichtet.

Mit *Bild* und *Welt* wurden zudem bewusst zwei im Untersuchungszeitraum auf dem westdeutschen Zeitungsmarkt führende Titel aus einem Verlag ausgewählt. Auch wenn Axel Springer in den 1950er-Jahren seine Publikationen noch als betont unabhängig, *Bild* sogar als gezielt unpolitisch (vgl. Kruip 1999: 120) verkaufte, ist dennoch davon auszugehen, dass sich beide Titel in der grundlegenden Bewertung politischer Vorgänge ähneln. So können durch die Analyse möglicherweise Unterschiede zwischen den beiden Zeitungstypen – Boulevardblatt auf der einen, Qualitätszeitung auf der anderen Seite – herausgearbeitet werden. Die Gefahr der Verzerrung durch unterschiedliche politische Richtungen der Zeitungen wird dabei erheblich gemindert.

3.3 Forschungsfragen

Das Forschungsinteresse dieser Studie gilt dem Presseecho auf das deutsch-italienische Anwerbeabkommen – also der Frage, ob und wie Zeitungen auf das Abkommen reagiert haben. Das Presseecho lässt sich in drei Komplexe unterteilen, die jeweils von den folgenden Fragen umrissen werden:

1. Wurde die Anwerbung italienischer Arbeiter thematisiert?
2. Wie wurde die Anwerbung thematisiert?
3. Wurden die Folgen der Anwerbung thematisiert?

Der erste Untersuchungskomplex zielt auf den *quantitativen Umfang* der Berichterstattung über das Anwerbeabkommen. Hat es überhaupt einen öffentlichen Diskurs über das Thema gegeben? Wie oft und in welchem Umfang haben die beiden Zeitungen darüber berichtet? Gab es temporäre Schwerpunkte der Berichterstattung?

Anhand der im zweiten Block aufgeworfenen Fragen soll anschließend die *Qualität der Berichterstattung* untersucht werden. Aus welchem Anlass und in welcher Form wurde über das Anwerbeabkommen berichtet? Warfen die Zeitungen das Thema von sich aus auf oder reagierten sie nur auf politische Verlautbarungen? Thematisierten sie die Anwerbung ausländischer Arbeiter allein nachrichtlich oder kommentierten sie sie auch? Und wenn eine Bewertung stattfand – wie sah sie aus?

Im dritten Analysekomplex soll die *inhaltliche Perspektive* der Berichterstattung näher betrachtet werden: Welche Argumente für oder gegen eine Anwerbung von Ausländern wurden genannt? Wurde in den Zeitungen die Frage aufgeworfen, wie das Zusammenleben mit ausländischen Arbeitern aussehen

könnte? Spielte die Frage, ob und wie die ausländischen Arbeiter in die deutsche Gesellschaft eingegliedert werden können, eine Rolle?

Zur Beantwortung der Forschungsfragen wurden zunächst quantitative Analysen mit den Untersuchungseinheiten vorgenommen. Anschließend erfolgte die Detailuntersuchung exemplarischer Beiträge.

3.4 Erhebungseinheiten und -zeitraum

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 01.11.1954 bis zum 30.04.1955, also über exakt 18 Monate. Erhebungseinheiten sind jeweils alle Ausgaben von *Bild* und *Welt* aus diesem Zeitraum. Die Anzahl ist aufgrund der parallelen Erscheinungsweise bei beiden Titeln identisch. Insgesamt wurden 456 Ausgaben pro Titel untersucht: 50 Ausgaben aus dem Jahr 1954, alle 305 Ausgaben des Jahres 1955 sowie weitere 101 Ausgaben aus dem Jahr 1956.

Die Entscheidung für eine Vollerhebung über anderthalb Jahre ist aus folgenden Gründen gefällt worden: Zum einen umspannen die ausgewählten 18 Monate den Zeitraum von der ersten öffentlichen Ankündigung des Wirtschaftsministers, ausländische Arbeitskräfte anwerben zu wollen, über die konkrete Schließung des Abkommens bis zur Ankunft erster kleinerer Gruppen von italienischen Arbeitskräften. Damit sind drei unterschiedliche Grundlagen für einen öffentlichen Diskurs gegeben: von den theoretischen Überlegungen über die Umsetzung bis hin zu den ersten praktischen Folgen.

Eine Vollerhebung über diesen Zeitraum erschien zudem notwendig, da die Diskussion über das Anwerbeabkommen nicht kontinuierlich war. Eine Entwicklung lässt sich nur aufzeigen, wenn der gesamte Untersuchungszeitraum betrachtet wird. Die Fallzahlen bleiben trotz der Vollerhebung – gerade bei *Bild* – in einem überschaubaren Rahmen. Eine Stichprobenauswahl, die die Fallzahlen noch weiter verringert hätte, schien daher nicht geeignet.

3.5 Untersuchungseinheiten und Kategorien

Das Datenmaterial lag als Mikrofilm vor. Die 912 Zeitungsausgaben wurden komplett durchgesehen; alle Beiträge, die sich im weitesten Sinne mit dem Thema Arbeitsmarkt, Arbeitskräftemangel, dem Anwerbeabkommen oder diplomatischen und politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Italien befassten, wurden sodann digitalisiert. Dies erschien notwendig, weil dadurch in der Folge quantitative Analyseoperationen erleichtert bzw. überhaupt erst möglich wurden – so zum Beispiel die Erfassung der Textlängen, Auszählung von Worthäufigkeiten und auch die Suche nach bestimmten Begriffen. In

einem zweiten Schritt wurde anschließend das erfasste Datenmaterial noch einmal durchgesehen und systematisch reduziert.

In die Analyse aufgenommen, mithin als Zählseinheiten ausgewählt, wurden alle Beiträge, die sich mit dem deutschen Arbeitsmarkt im Allgemeinen bzw. dem Anwerbeabkommen im Speziellen befassten.⁵ Zusätzlich zu den Texten, die im weiteren Sinne die Arbeitsmarktlage thematisieren, wurden auch Beiträge über deutsch-italienische Beziehungen untersucht - allerdings nur dann, wenn dabei Deutschland im Fokus stand.⁶

Die Einheiten wurden anschließend anhand eines Kodierbogens analysiert. Außer nach formalen Variablen wie *Nummerierung*, *Erscheinungsdatum* und *Zeitungsnummer*, *Titel* und *Länge* sowie der *Erscheinungsseite* wurden folgende Variable erhoben:

Bei der Bestimmung der *Beitragsart* wurde zwischen *redaktionellen Inhalten*⁷ und *Leserbriefen* unterschieden. Da bei der *Bild-Zeitung* mitunter auch Mischformen auftauchen – Leserbriefe, mit redaktionellen Rechercheergebnissen angereichert –, wurde zusätzlich die Kategorie *Mischform* eingeführt.

Unter der Variable *Darstellungsform* wurden die Artikel anhand von vier Kategorien klassifiziert: Für nachrichtliche Beiträge *Kurzmeldung*, *Meldung* und *Bericht* zuzüglich der Kategorie *Meinungsbeiträge*, unter die Kommentare, Leitartikel und Analysen fielen. Die nachrichtlichen Darstellungsformen wurden anhand des Textumfangs unterschieden.⁸ Ausgehend von 35 Anschlägen pro

-
- 5 Etwa: Texte, die Beschäftigungszahlen oder Arbeitslosenquoten nennen, Prognosen für Entwicklung des Arbeitsmarktes geben, die das Thema Arbeitslosigkeit oder den Arbeitskräftemangel ansprechen oder die konkret das Anwerbeabkommen zum Inhalt haben. Nicht aufgenommen wurden Beiträge, die allein die Lage in speziellen, vom Anwerbeabkommen nicht betroffenen Branchen – beispielsweise einen Mangel an Lehrern oder Krankenschwestern – oder aber isoliert die Arbeitsmarktsituation einzelner „Problemgruppen“ – beispielsweise von Spätheimkehrern oder Schwerbeschädigten – behandeln. Ebenfalls nicht für die Analyse relevant waren Beiträge, die lediglich die Konjunktur und wirtschaftliche Lage Deutschlands oder einzelner Branchen behandelten, ohne dabei Bezug auf den Arbeitsmarkt zu nehmen.
 - 6 Korrespondentenberichte etwa, die allein italienische Reaktionen auf das Anwerbeabkommen beschreiben, sind für die Analyse irrelevant und werden nicht aufgenommen. Berichte über einen italienischen Ministerbesuch in Deutschland dagegen sollen auch dann berücksichtigt werden, wenn darin nicht direkt Bezug auf den deutschen Arbeitsmarkt genommen wird.
 - 7 Nachfolgend werden als *Artikel* ausschließlich redaktionelle Inhalte bezeichnet.
 - 8 So ist es in der Journalistik üblich. Erläuterungen finden sich beispielsweise in den Lehrbüchern von Weischenberg (2001: 50) oder Ruß-Mohl (2003: 63).

Druckzeile⁹ galten als *Kurzmeldungen* Artikel von bis zu acht Zeilen (280 Anschläge), als *Meldungen* Artikel mit bis zu 35 Zeilen (281-1225 Anschläge) und als *Berichte* alle längeren Artikel (mehr als 1225 Anschläge). Bei den Meinungsbeiträgen erschien eine weitere Klassifizierung anhand der Textlänge nicht praktikabel. Die durchschnittliche Länge der Artikel konnte zudem durch die ebenfalls erfasste Zeichenanzahl (Variable *Länge*) berechnet werden.

Die Variable *Anlass* soll dazu dienen, die Artikel nach ihren Auslösern zu analysieren. Unter die Kategorie *Pressemitteilung/ Pressekonferenz* fielen Artikel, die durch offizielle Mitteilungen ausgelöst wurden, mithin zum klassischen Verlautbarungsjournalismus gezählt werden können. Ein *Ereignis* als Anlass lag bei konkreten Handlungen vor, beispielsweise bei der Unterzeichnung des Abkommens, einem Ministerbesuch in Deutschland oder der Ankunft italienischer Arbeiter in Deutschland. Als *Folgeberichterstattung* wurden Artikel kodiert, die durch vorangegangene Berichterstattung ausgelöst wurden bzw. sich auf vorangegangene Texte bezogen – also etwa, wenn zu einem Sachverhalt neue Erkenntnisse ergänzt wurden. Auch Stellungnahmen zu einem vorangegangenen Artikel fielen unter diese Kategorie. Alle Artikel, aus denen ihr Anlass nicht hervorging, wurden schließlich in einer Sammelkategorie zusammengefasst.

Die Variable *Thema* kategorisierte Themenbereiche, die überhaupt erst zur Auswahl der Beiträge in die Untersuchungseinheiten geführt haben. Hier wurde unterschieden in *Arbeitsmarkt allgemein* (zum Beispiel Beschäftigungszahlen), *Arbeitslosigkeit*, *Arbeitskräftemangel*, *Anwerbung von ausländischen Arbeitern allgemein (ohne Nennung von Nationalitäten)*, *Anwerbung von italienischen Arbeitern* sowie *Deutsch-italienische Beziehungen* (zum Beispiel Staatsbesuche). Bei dieser Variablen konnten mehrere Kategorien gleichzeitig zutreffen, im Extremfall alle.

Beiträge, die die Beschäftigung ausländischer und/oder italienischer Arbeiter mindestens erwähnten, wurden anschließend noch daraufhin kategorisiert, welchen Anteil das Thema einnahm (*Gewichtung*). Sie wurden also danach unterschieden, ob die *Anwerbung im Mittelpunkt* stand, *eines von wenigen Themen* oder nur ein *Randaspekt* war. Zudem wurden diese Beiträge nach ihrem *Tenor* (bezüglich des Anwerbeabkommens) klassifiziert. Zur Auswahl standen die Kategorien *positiv*, *negativ* und *neutral*. Die Unterscheidung in positiv und negativ soll dabei nicht die Einschätzung betreffen, ob ausländische Arbeiter in absehbarer Zeit in der Bundesrepublik arbeiten werden – also wie realistisch das Anwerbeabkommen ist –, sondern die Bewertung solcher Maßnahmen: Wird die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland als sinnvoll und notwendig

9 Die Spaltenbreite ist bei Bild und Welt unterschiedlich und selbst bei den einzelnen Titeln nicht durchgängig identisch. Daher wird für die Festlegung der Zeilenlänge auf einen durchschnittlichen Wert zurückgegriffen.

angesehen oder wird sie kritisiert? Als neutral wird ein Beitrag dann gewertet, wenn er entweder keinerlei wertende Einordnung bringt oder wenn sich Argumente für und gegen die Beschäftigung in etwa die Waage halten. Generell soll für die Einschätzung des Tenors die Faustregel gelten: Ist der Beitrag in seiner Gänze eher dazu geeignet, Zustimmung oder Ablehnung bezüglich einer Anwerbung ausländischer Arbeiter zu erzeugen?

In einer zweiten Stufe der Analyse wurden zusätzlich zur quantitativen Auswertung exemplarische Beiträge gezielt qualitativ untersucht. Es wurden dazu solche Beiträge ausgewählt, die die in der quantitativen Analyse festgestellten Tendenzen veranschaulichen.

4 Quantitative Analyse des Presseechos

4.1 Beitragsaufkommen

Insgesamt wurden 177 Beiträge kodiert, die sich im weiteren Sinne mit dem Arbeitsmarkt bzw. der Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland befassten. Bereits in der – vor dem Hintergrund, dass mehr als 900 Zeitungsausgaben ausgewertet wurden, recht kleinen – Grundgesamtheit fällt ein deutlicher Unterschied zwischen den beiden Zeitungen auf: In der *Welt* wurden 121 Beiträge zum Thema kodiert, in der *Bild* mit 56 Texten kaum die Hälfte.

Im Verlauf des Untersuchungszeitraums von November 1954 bis April 1956 zeigt sich der größere Umfang der Berichterstattung in der *Welt* fast durchgehend. *Welt* bringt im Monatsdurchschnitt rund 6,7 Beiträge zum Thema Arbeitsmarkt/Anwerbung, *Bild* nur 3,1. Lediglich im Dezember 1955 finden sich in der *Bild* mehr Beiträge (nämlich neun) zum Thema als in der *Welt* (sechs). Dafür berichtet die *Welt* im November 1955 deutlich mehr.

Bei der *Welt* zeigen sich vier temporäre Höhepunkte der Berichterstattung über Arbeitsmarkt und Anwerbung ausländischer Arbeiter, die im Zusammenhang mit hierfür wichtigen historischen Geschehnissen stehen: Besonders viel wurde im Dezember 1954, im Juni und August 1955 und dann noch einmal im November 1955 berichtet. Der Berichterstattungs-„Peak“ fällt mit 13 Beiträgen im Dezember 1954 in die Phase der ersten Überlegungen, ausländische Arbeiter nach Deutschland zu holen. Juni und August 1955 (jeweils elf und zehn Beiträge) waren vom saisonalen Tiefstand der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Im November 1955 (zehn Beiträge) wurden die Überlegungen, Ausländer anzuwerben, konkreter; Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard reiste am Ende des Monats zu Verhandlungen nach Rom, die Mitte Dezember 1955 mit dem Abschluss des Anwerbeabkommens endeten.

Bei *Bild* wird der quantitative Höhepunkt der Berichterstattung erst im Dezember 1955 mit neun Beiträgen erreicht. Bis auf kleinere Ausschläge im Dezember 1954 und Oktober 1955 (jeweils fünf Beiträge) bewegt sich die Berichterstattung in der *Bild*-Zeitung mit zumeist zwei bis drei Beiträgen pro Monat nahe am Durchschnittswert.

Auffällig ist eine mitunter geradezu gegenläufige Entwicklung des Berichterstattungsumfangs bei den beiden Zeitungen. Während die *Welt* im Sommer 1955 besonders viel berichtet, bringt *Bild* in diesen Monaten eher weniger Beiträge zum Thema. Von August bis Oktober 1955 steigert die *Bild*-Zeitung die Quantität der Berichterstattung dann wieder, während die *Welt* sie zurückfährt. Im November schließlich finden sich erneut nur noch zwei Beiträge zum Thema in *Bild*, demgegenüber stehen zehn in der *Welt*.

4.1.1 Beitragsart

Deutliche Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen zeigen sich auch in der Beitragsart: Während in der *Welt* fast ausschließlich redaktionelle Beiträge zu kodieren waren, nehmen Leserbriefe in *Bild* einen Anteil von einem Fünftel der kodierten Beiträge ein. Außergewöhnlich ist zudem die Vermischung von Leserzuschriften und redaktionellen Inhalten, die bei *Bild* immerhin einmal vorkommt. Leserbriefe werden darin durch redaktionelle Rechercheergebnisse ergänzt.

	<i>Bild</i>		<i>Welt</i>	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Redaktionelle Beiträge	44	79%	120	99%
Leserbriefe	11	20%	1	1%
Mischform	1	2%	-	-
N=177	56	100% ¹⁰	121	100%

Abbildung 1: Beitragsart

Der relativ hohe Anteil an Leserstimmen in der *Bild*-Zeitung verwundert nicht, wurde doch das Blatt von Beginn an als eine Art „Beschützer des kleinen Mannes“ (Kruip 1999: 120) propagiert. Anlässlich der Überschreitung der Zwei-Millionen-Grenze bei der Auflage stellte die Redaktion ihre Rolle als „Anwalt“ der Leser auch noch einmal deutlich heraus:

10 Abweichungen von der tatsächlichen Summe sind Rundungsfehlern geschuldet.

12 000 Briefe monatlich – wo ist denn in Deutschland eine Zeitung, die mit ihren Lesern so enge Tuchfühlung hält? BILD weiß, wie dem Deutschen wirklich ums Herz ist. Da soll uns keiner etwas weismachen! (*Bild* vom 24.09.1955)

Die Rubrik „Briefe“ ist im Untersuchungszeitraum fester Bestandteil aller Ausgaben. Sie findet sich immer auf der vierten Seite, allein die Größe variiert. Umgekehrt spielen Leserbriefe bei der *Welt* keine große Rolle. Bei dem einen Leserbrief, der hier zu kodieren war, betont die Redaktion sogar vorab, dass sie den Brief „entgegen unseren Gepflogenheiten“ (*Welt* vom 12.11.55) vollständig abdrucke.

4.1.2 Beitragslänge und Darstellungsform

Auch die Länge der einzelnen Beiträge variiert zwischen den beiden Titeln deutlich. Während die Beiträge in *Bild* im Durchschnitt 595 Anschläge umfassen – also rund 17 Druckzeilen à 35 Anschläge –, sind die Beiträge in der *Welt* mit durchschnittlich 1845 Anschlägen – respektive 53 Druckzeilen – mehr als dreimal so lang. Die Beitragslänge variiert innerhalb jeder Zeitung erheblich und reicht bei der *Welt* von einem Minimum von 115 Anschlägen (knapp über drei Zeilen) bis zum Maximum von 9496 Anschlägen (271 Zeilen). Bei *Bild* umfasst die kürzeste Nachricht nur 102 Anschläge (knapp drei Zeilen), der längste kodierte Beitrag hatte 4453 Anschläge (127 Zeilen).

	<i>Bild</i>		<i>Welt</i>	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Kurzmeldung (<280 Anschläge)	19	43%	11	9%
Meldung (281-1225 Anschläge)	20	45%	56	47%
Bericht (>1225 Anschläge)	4	9%	40	33%
Meinungsbeitrag	1	2%	13	11%
N=164	44	100%	120	100%

Abbildung 2: Darstellungsformen

Abbildung 2 veranschaulicht die Unterschiede anhand der verschiedenen redaktionellen Darstellungsformen bei den Artikeln – Leserbriefe also ausgenommen.

Bei beiden Titeln machen Meldungen einen ähnlichen Anteil an den Artikeln aus: knapp die Hälfte. Während *Bild* aber ein beinahe genauso großes Aufkommen an Kurzmeldungen hat und damit fast 90 Prozent des Artikel-aufkommens aus den kurzen nachrichtlichen Formen besteht, weist die *Welt*

deutlich mehr längere Berichte sowie Meinungsbeiträge auf, also Analysen, Kommentare und Leitartikel. Bei *Bild* war nur einer der 44 kodierten Artikel als Meinungsbeitrag gekennzeichnet. Bei der *Welt* machen Meinungsbeiträge mit 13 von 120 Artikeln immerhin mehr als 10 Prozent aus. Und gut ein Drittel der Artikel umfasst mehr als 35 Druckzeilen – wobei die obere Grenze noch deutlich darüber liegt. Für die spätere Detailanalyse sei deshalb bereits an dieser Stelle festgehalten, dass eine inhaltliche Aufarbeitung und Einordnung des Themas bei der *Welt* eher zu erwarten ist als bei *Bild*.

4.1.3 Platzierung der Artikel

Wegen der unterschiedlichen Seitenanzahl – *Bild* umfasste 1955 jeweils vier Seiten, bei der *Welt* konnte der Umfang bis zu 30 Seiten betragen – sowie der unterschiedlichen Blattstruktur erscheint eine Aufschlüsselung der Artikelplatzierung nach Seiten wenig sinnvoll. Allein der Blick auf die Titelseite verspricht Erkenntnisse. Die Titelseite ist die wichtigste Seite der Zeitung, und gerade bei einer Boulevardzeitung wie *Bild* entscheidet die Aufmachung über den Verkaufserfolg. Als Indikator für die Gewichtung der Thematik kann demnach dienen, wie häufig Artikel auf der Titelseite erschienen sind.

	<i>Bild</i>		<i>Welt</i>	
	Artikelanzahl	Anteil	Artikelanzahl	Anteil
Titelseite	15	34%	43	36%
Andere	29	66%	77	64%
N=164	44	100%	120	100%

Abbildung 3: Platzierung auf der Titelseite

Trotz ihres insgesamt unterschiedlichen Artikelaufkommens zeigen *Bild* und *Welt* fast identische Verteilungen. Bei beiden Zeitungen ist ein gutes Drittel der Artikel zum Thema Arbeitsmarkt/Anwerbung auf der Titelseite erschienen.

4.1.4 Anlass der Berichterstattung

Beide Zeitungen weisen einen überwiegenden Anteil (*Bild*: 57%/ *Welt*: 64%) von Berichten auf, die Verlautbarungen offizieller Institutionen wiedergeben.

Wenn der Anlass der Berichterstattung aus den Artikeln nicht hervorgeht – bei der *Bild* ist das in 16 Prozent der Artikel der Fall, bei der *Welt* in 19 Prozent –, könnte dies auf Eigeninitiative der Zeitung schließen lassen. Da es aber auch sein kann, dass der Anlass im Artikel schlicht nicht genannt wird,

wären Schlussfolgerungen auf den tatsächlichen Auslöser rein spekulativ. Festzuhalten bleibt: Die Berichterstattung über Arbeitsmarkt und Anwerbung wird in der Mehrzahl der Fälle von (halb-)offiziellen Mitteilungen ausgelöst. Politik und Wirtschaft sowie ihre Institutionen haben somit entscheidenden Einfluss auf Ausmaß und thematische Ausrichtung der Berichterstattung.

4.2 Themen

Die kodierten Beiträge befassen sich mit dem Arbeitsmarkt, der Anwerbung von Ausländern oder den deutsch-italienischen Beziehungen.¹¹ Im Folgenden soll zunächst eine Übersicht gegeben werden, wie oft die verschiedenen Themenkomplexe insgesamt abgedeckt wurden. Anschließend werden die beiden Bereiche *Arbeitsmarkt* und *Anwerbung* genauer betrachtet.

Bild und *Welt* weisen fast identische Anteile für die Themenbereiche *Arbeitsmarkt allgemein*, *Anwerbung ausländischer Arbeiter allg.* und *Anwerbung italienischer Arbeiter explizit* auf. Vier von fünf Beiträgen befassen sich mit der allgemeinen Arbeitsmarktlage, einer von fünf schneidet die Anwerbung ausländischer Arbeiter im Allgemeinen an, und gut ein Viertel der Beiträge nennt explizit Italiener (vgl. Abb. 4).

	<i>Bild</i> (N=56)		<i>Welt</i> (N=121)	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
Arbeitsmarkt allg.	45	80%	98	81%
Arbeitslosigkeit	29	52%	50	41%
Arbeitskräftemangel	22	39%	68	56%
Anwerbung ausl. Arbeiter allg.	11	20%	20	17%
Anwerbung ital. Arbeiter explizit	13	23%	29	24%
Dt.-ital. Beziehungen	7	13%	20	17%

Abbildung 4: Themenbereiche

Unterschiede finden sich dagegen in der Behandlung der Komplexe *Arbeitslosigkeit* und *Arbeitskräftemangel*. *Bild* thematisiert häufiger die Arbeitslosigkeit, *Welt* häufiger den Arbeitskräftemangel.

11 Ein Themenbereich schließt dabei den anderen nicht aus, daher waren bei der Variable „Thema“ Mehrfachkodierungen möglich.

4.2.1 Arbeitsmarkt

80 Prozent der Beiträge befassen sich in beiden Zeitungen mit der allgemeinen Arbeitsmarktsituation. Aufgeschlüsselt danach, mit welchen Themenkomplexen die Arbeitsmarktlage verknüpft wurde, ergibt sich folgendes Bild:

Arbeitsmarkt und ...	<i>Bild</i>		<i>Welt</i>	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
... kein weiteres Thema	4	9%	10	10%
... Arbeitslosigkeit allein	15	33%	21	21%
... Arbeitskräftemangel allein	8	18%	23	23%
... Arbeitslosigk. & Arbeitskräftem.	6	13%	17	17%
... Anwerbung allein	2	4%	1	1%
... Arbeitskräftemangel & Anwerbung	7	16%	26	27%
... Arbeitslosigkeit & Anwerbung	3	7%	0	0%
N=143	45	100%	98	100%

Abbildung 5: Arbeitsmarkt und Themenkombinationen

Etwa ein Zehntel der Beiträge über die Arbeitsmarktlage befasst sich sowohl bei *Bild* als auch bei *Welt* ausschließlich mit der allgemeinen Lage – diese Beiträge liefern nicht mehr als Beschäftigungszahlen und unter Umständen noch die Anteile von Frauen und Männern an den Erwerbstätigen.

Die Beiträge über Arbeitslosigkeit oder Arbeitskräftemangel machen bei beiden Zeitungen ebenfalls einen ähnlichen Anteil aus, nämlich insgesamt 64 Prozent bei *Bild* und 61 Prozent bei *Welt*. Allerdings zeigen sich auch hier wieder die Schwerpunkte, die sich bereits bei der Gesamtbetrachtung andeuteten: Während *Bild* beinahe doppelt so häufig über Arbeitslosigkeit wie über Arbeitskräftemangel berichtet, ist die Berichterstattung in der *Welt* in etwa ausgeglichen, mit leichtem Vorsprung beim Arbeitskräftemangel. Auch die Kombination beider Komplexe kommt in der *Welt* mit 17 Prozent der Arbeitsmarkt-Beiträge deutlich häufiger vor als in *Bild* mit 13 Prozent.

Bleibt festzuhalten: Bei beiden Zeitungen wird die Arbeitsmarktlage inklusive ihrer Probleme wie Arbeitslosigkeit und Arbeitskräftemangel in drei Vierteln der Fälle thematisiert, ohne dabei die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften auch nur zu erwähnen. Lediglich ein Viertel der Beiträge zum Arbeitsmarkt nimmt Bezug auf eine mögliche Anwerbung. Bei den Arbeitsmarkt-Beiträgen lässt sich zudem die bereits zuvor beobachtete Tendenz von *Bild* zur verstärkten Berichterstattung über Arbeitslosigkeit erneut feststellen.

4.2.2 Anwerbung

Jeweils gut ein Drittel aller Beiträge thematisiert sowohl in *Bild* als auch in der *Welt* in irgendeiner Form die Anwerbung von ausländischen bzw. italienischen Arbeitskräften. Die Erwartung, dass der abschbare Arbeitskräftemangel als Grund im Zusammenhang mit den Anwerbeabsichten erwähnt wird, liegt nahe. In der Praxis aber erfüllte sie sich nur zum Teil:

Anwerbung und ...	<i>Bild</i>		<i>Welt</i>	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
... kein weiteres Thema	5	28%	5	12%
... Arbeitskräftemangel	7	39%	28	68%
... nur dt.-ital. Beziehungen	1	6%	7	17%
... nur Arbeitslosigkeit	3	17%	0	0%
... nur Arbeitsmarkt allg.	2	11%	1	2%
N=59	18	100%	41	100%

Abbildung 6: Anwerbung und Themenkombinationen

In *Bild* wird in nur 39 Prozent der Beiträge über eine Anwerbung von Ausländern auch der Arbeitskräftemangel erwähnt, in der *Welt* geschieht dies in immerhin 68 Prozent der Fälle.

Nun ist es denkbar, dass bei der kontinuierlichen Berichterstattung über einen längeren Zeitraum die Anwerbepläne nicht immer ausführlich erläutert werden müssen. Auch der Hinweis auf die allgemeine Arbeitsmarktlage kann – wenn zuvor bereits berichtet wurde – als Erklärung dienen. Bei *Bild* behandeln allerdings mehr als ein Viertel der Beiträge über die Anwerbung diese isoliert, weitere 11 Prozent weisen allein auf die Arbeitsmarktsituation hin. Bei der *Welt* sind diese Anteile mit 12 und 2 Prozent bedeutend geringer. Sie bringt die Anwerbepläne dafür häufiger (17%) allein in Verbindung mit deutsch-italienischen diplomatischen Beziehungen als die *Bild* (6%).

Interessant ist vor allem eine Kombination, die ausschließlich in der *Bild*-Zeitung zu finden ist: Drei von 18 Beiträgen, gut 17 Prozent, thematisieren die Anwerbungspläne ausschließlich im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit. Der Lösung für das Problem des Arbeitskräftemangels wurde darin allein ihr größtes Hindernis gegenübergestellt, die Anwerbung mithin problematisiert.

4.3 Wertung

Bei beiden Zeitungen war bei der Hälfte (*Bild*) bzw. 60 Prozent (*Welt*) der Beiträge über eine Anwerbung keine Wertung erkennbar (vgl. Abb. 7).

Anwerbung wird ...	<i>Bild</i>		<i>Welt</i>	
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Anteil
... positiv gewertet	1	6%	5	12%
... negativ gewertet	8	44%	12	29%
... nicht gewertet (neutral)	9	50%	24	59%
N=59	18	100%	41	100%

Abbildung 7: Wertung der Anwerbung

Bild zeigt ein höheres relatives Aufkommen an Beiträgen, die die gezielte Beschäftigung von Ausländern in Deutschland negativ darstellte. Nur einmal wird die Anwerbung von *Bild* als notwendig und positiv bewertet, demgegenüber stehen acht Beiträge, die die Anwerbung negativ einschätzten. Auch die *Welt* bewertet die Anwerbung häufiger negativ als positiv, fünf Positiv-Beiträgen stehen aber hier nur zwölf negativ ausgerichtete gegenüber.

5 Qualitative Detailanalyse

5.1 Ja, Nein, Vielleicht? – Der Weg zur Anwerbung

Ausgangspunkt der öffentlichen Diskussion ist die Nachricht der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, dass sich ein Fachkräftemangel abzeichne. Sowohl *Bild* als auch *Welt* berichten darüber am 13.11.1954 in ähnlicher Form. Am 29.11.1954 schließlich melden beide Zeitungen, dass die Bundesregierung zur Behebung des Arbeitskräftemangels plane, gezielt Italiener für den deutschen Arbeitsmarkt anzuwerben:

Welt, 29.11.1954

Arbeiter aus Italien

Nachrichtendienst der WELT//Freiburg i. Br., 28. November

In der kommenden Woche werden deutsche Regierungsstellen über den Einsatz italienischer Arbeitskräfte in der Bundesrepublik verhandeln, teilte Bundeswirtschaftsminister Erhard am Wochenende mit. Die Italiener sollen im Straßen- und Wohnungsbau arbeiten.

Die Verhandlungen, die in Italien geführt werden sollen, begründete Erhard damit, daß es in der Bundesrepublik keine echte Arbeitslosigkeit mehr gibt, während die Aufstellung der deutschen Truppen und die Rüstungsproduktion neue Arbeitskräfte erfordern. Das deutsche Lebensniveau soll durch die Beschäftigung von Ausländern nicht sinken.

Bild, 29.11.1954

Bonn sucht Italiener

Italienische Arbeitskräfte will die Bundesregierung für den Bau von Wohnungen und Straßen verpflichten. Bundeswirtschaftsminister Erhard begründete diesen Schritt damit, daß im Bundesgebiet keine echte Reserve an Arbeitskräften vorhanden sei. Außerdem erfordere die Aufstellung der deutschen Armee zusätzliche Kräfte.

Bis auf einen etwas längeren Umfang bei der *Welt* unterscheiden sich die beiden Meldungen kaum – beide enthalten die Informationen, warum Italiener angeworben werden und wo sie arbeiten sollen. So eindeutig und einfach wie die Situation nach dieser ersten Nachricht klingt, scheint sie aber offenbar doch nicht zu sein. Beide Zeitungen bringen in den Folgewochen Beiträge, die gegen die Anwerbung von Ausländern argumentieren. *Welt* veröffentlicht zuerst am 01.12.1954 eine Analyse, erst gut eine Woche später legt *Bild* mit einem Bericht nach:

Welt, 01.12.1954

Ausländische Arbeiter sind unnötig // Wir verschwenden noch Arbeitskraft – Die qualifizierte Leistung muß gefördert werden

In den Auseinandersetzungen darüber, ob ausländische Arbeiter in die Bundesrepublik geholt werden sollen, wird das Problem meist falsch gesehen. Es besteht in Westdeutschland kein Mangel an Arbeitskräften, sondern ein Mangel an Fachkräften. Doch warum ausländische Arbeiter nach Deutschland ziehen, solange die Arbeitskraft von Hunderttausenden nicht hinreichend genutzt wird?

[...] Es fehlen ausreichend qualifizierte Facharbeiter. Wenn die Bundesrepublik eigene Streitkräfte aufstellt und gleichzeitig auch mit einer Rüstungsproduktion begonnen wird, wird sich dieser Mangel empfindlich vergrößern. Er kann aber nicht mit ausländischen Arbeitskräften behoben werden, denn aus dem Ausland werden schwerlich die qualifizierten Kräfte kommen, die wir brauchen. Diese finden auch in ihren Heimatländern Beschäftigung und guten Lohn. Wir müssen vielmehr befürchten, daß mit einem Zustrom von ausländischen Arbeitern nach Westdeutschland auch unerwünschte, kriminelle Elemente ins Land gelangen, die in einem Staatswesen wie der Bundesrepublik manche Schwierigkeiten schaffen könnten.

Der Facharbeitermangel kann nur dadurch behoben werden, daß die Kräfte, die bislang unrationelle Arbeit geleistet haben, für qualifizierte Verrichtungen gewonnen werden.

Bild, 07.12.1954

Präsident Scheuble widerlegt den Wirtschaftsminister:

Wir brauchen keine Fremdarbeiter

Nürnberg, 7. Dezember

„Durch die Verpflichtung von ausländischen Arbeitskräften würden wir unseren Arbeitslosen jede Hoffnung nehmen!“

Mit dieser Feststellung hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung, Julius Scheuble, gegen den Plan von Wirtschaftsminister Erhard protestiert, italienische Arbeiter in die Bundesrepublik zu holen. Das sagt Scheuble:

- Der von Erhard befürchtete Mangel an Arbeitskräften wird in Deutschland vorerst nicht auftreten.
- Die nächsten beiden Jahre werden im Gegenteil die einmalige Gelegenheit bieten, die Arbeitslosen der Grenzgebiete wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Bisher scheiterte ihre Umsiedlung in Industrieschwerpunkte am Wohnungsmangel.
- Außerdem hält der Zustrom von Arbeitskräften aus der Sowjetzone weiter an.

Präsident Scheuble warnte vor der Hoffnung, unter den Ausländern Facharbeiter zu finden. Alle westeuropäischen Länder seien seit Jahren bemüht, deutsche Fachkräfte zu verpflichten, weil sie selbst Mangel hätten. [...] Von einem Mangel an Arbeitskräften könne also vorläufig absolut keine Rede sein.

Bereits hier zeigen sich interessante Unterschiede zwischen den beiden Zeitungen. Der Tenor ist bei beiden Beiträgen gleich: Die deutsche Wirtschaft brauche keine ausländischen Arbeitskräfte, im Gegenteil. Die Anwerbung würde schaden. Der Argumentationsgang unterscheidet sich allerdings erheblich.

Während der Redakteur der *Welt* in seiner Analyse wirtschaftspolitisch argumentiert und begründet, warum ausländische Arbeitskräfte den Facharbeitermangel kaum beheben könnten, und er zudem alternative Lösungen aufzeigt (Rationalisierung), stützt sich *Bild* allein auf Aussagen des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung. Die Begründung hier ist deutlich simpler ausgeführt: Zum einen wird schlicht bestritten, dass es einen Arbeitskräftemangel geben wird, zum anderen wird die Situation der Arbeitslosen in der Bundesrepublik als schlagendes Gegenargument ins Feld geführt. Ausländische Arbeiter werden als Konkurrenz dargestellt, die den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen würde. Diese Argumentation ist in der *Welt* nicht zu finden. Frei von Ressentiments ist allerdings auch ihre Analyse nicht: Ganz offen wird die angebliche Gefahr artikuliert, dass durch die Anwerbung „unerwünschte, kriminelle Elemente“ ins Land kommen könnten.

Charakteristisch für die Berichterstattung von *Bild* ist in diesen ersten Wochen der Diskussion ein Hin und Her – immer neue, gegensätzliche Positionen werden vermeldet und einige Tage später von anderen Meinungen abgelöst. Die Unentschlossenheit gipfelt Mitte Dezember darin, dass innerhalb einer Woche gleich drei verschiedene Behauptungen aufgestellt und widerrufen werden. Allein die Überschriften der Meldungen vom 13., 16. und 20.12.1954 verdeutlichen dies:

- **Italiener bleiben zu Hause**
- **Doch Fremdarbeiter!**
- **Nur im Notfall**

Hintergrundinfos fehlen in *Bild* zumeist. Die *Welt* dagegen berichtet in der gleichen Zeit darüber, dass Italiens Haushaltsminister Vanoni zu Besuch in Deutschland sei und mit Erhard verhandle. Am 16.12.1954 meldet die *Welt* eine Einigung – wieder deutlich umfangreicher und differenzierter als *Bild*, jedoch auch wieder nicht ohne Ressentiments. So wird die Befürchtung des DGB genannt, mit den italienischen Arbeitern könnten gezielt Kommunisten nach Deutschland eingeschleust werden.

Anders als *Bild*, wo man es weiter dabei belässt, lediglich unterschiedliche Stellungnahmen zu verbreiten, leistet sich die *Welt* einen Tag nach der Einigung zwischen Erhard und Vanoni einen redaktionellen Kommentar:

Welt, 17.12.1954

Fremde Arbeiter

F. F: -- Allen Bedenken zum Trotz hat Prof. Erhard jetzt das Abkommen über die Beschäftigung italienischer Arbeiter in Westdeutschland abgeschlossen. Das ist ein bedeutender Einschnitt in die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Kriege, denn bisher haben wir trotz des deutschen Wirtschaftswunders immer noch mit der Arbeitslosigkeit gerungen, jetzt müssen wir einer Knappheit an Arbeitskräften ins Auge sehen.

Nur so ist dieses Abkommen zu verstehen: als eine zeitige Vorsorge gegen eine mögliche Verknappung. Vorerst ist diese Zuwanderung italienischer Arbeiter noch nicht akut. Auch aus einer Äußerung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung geht hervor, daß im kommenden Jahr wahrscheinlich noch genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen werden, zumal dann die Wiederbewaffnung erst zu einem ganz geringen Teil zum Tragen kommen wird. Erst von 1960 ab werden unsere letzten Arbeitsreserven erschöpft sein. Dann möchte man teilweise auf die italienischen Arbeiter zurückgreifen können.

Allerdings wird uns Italien nicht seine erstklassigen Fachkräfte abgeben, sondern nur ausgesprochene Hilfs- und Gelegenheitsarbeiter. Und diese können wir höchstens in der Landwirtschaft oder im Straßenbau verwenden. Die Landwirtschaft zeigt sich zurückhaltend, sie braucht keine Wander- oder Saisonarbeiter wie zur Zeit der polnischen Schnitter, sondern den seßhaften Landarbeiter. Der Straßenbau dürfte allerdings viele Kräfte verschlingen, wenn alle Pläne endlich zum Zuge kommen sollten.

Aber es bleibt ein etwas bitterer Beigeschmack. Man hätte ihn vermeiden können, wenn der Wirtschaftsminister dem Parlament oder seinen Ausschüssen die Gelegenheit gegeben hätte, diese heikle Frage durchzudebattieren, da sie ja tatsächlich auch das Grundgefüge des Wirtschaftsvertrages mit Italien berührt und da auch noch Zeit genug dazu vorhanden war.

Die Argumente, die in beiden Zeitungen für und wider die Anwerbung angeführt werden, sind zu diesem Zeitpunkt bereits mehrfach benannt worden und decken sich mit den Forderungen und Bedenken von Politikern und Gewerkschaften. Interessant ist aber, dass der Kommentator den Alleingang des Wirtschaftsministers bemängelt. Solche Kritik am System bzw. an der Durchsetzung des Verfahrens war in der Berichterstattung ein Einzelfall.

In den Monaten nach der noch recht unverbindlichen deutsch-italienischen Abmachung beschränkte sich die Berichterstattung beider Zeitungen wieder auf Zahlenmeldungen zur Arbeitsmarktlage. Während *Welt* weiter regelmäßig vom Mangel an Arbeitskräften in verschiedenen Branchen und Regionen berichtet, verfolgt *Bild* nach dem anfänglichen Hin und Her relativ stringent die „Nur im Notfall“-Devise. Nachrichten über die Ankunft kleinerer, privat angeworbener Gruppen italienischer Arbeiter, die die *Welt* im Mai und Juni bringt, sucht man in *Bild* vergebens.

Stattdessen zeigt sich wiederholt die Explosionsartigkeit (vgl. Müller 1968: 77f.), mit der *Bild* Ereignisse darstellt. Mal wird der abzusehende Arbeitskräftemangel als positiv dargestellt – eine Meldung am 24.08.1955 über dieses Thema trägt den Titel „Sowas liest man gern“ –, dann wieder als Problem im Zusammenhang mit einem „Schwarzmarkt der Arbeit“ (*Bild* vom 07.09.1955). Ursachen und Konsequenzen eines Sachverhalts fehlen meist, jede Meldung für sich scheint isolierte Ereignisse wiederzugeben, die mit anderen Vorgängen nichts zu tun haben. So bewegen auch die außergewöhnlich starken Rückgänge der Arbeitslosigkeit im Spätsommer 1955 *Bild* nicht dazu, die Anwerbung von Ausländern erneut zu thematisieren. Erst als im Dezember das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und Italien geschlossen wird, berichtet *Bild* darüber. Die *Welt* dagegen veröffentlicht bereits im August und September

gleich mehrere umfangreiche Artikel, die sich mit dem Arbeitskräftemangel, seinen Folgen und auch den praktischen Problemen einer Ausländerbeschäftigung befassen. Ab November werden zudem konkretere Anwerbepläne absehbar:

Welt, 14.11.1955

300 000 Arbeitskräfte fehlen//Bundesarbeitsminister will Ausländeranwerbung intensivieren

Von unserem Korrespondenten//J. S. Düsseldorf, 13. November Westdeutschland benötigt im kommenden Jahr etwa 900 000 Arbeitskräfte mehr als 1955. [...] Wenn man damit rechnet, daß im kommenden Jahr etwa 100 000 arbeitsfähige Sowjetflüchtlinge zu erwarten sind, so fehlen der westdeutschen Wirtschaft im Jahr 1956 etwa 300 000 Arbeitskräfte.

Dieses Defizit dürfte nur durch die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte zu decken sein. Auf Drängen der Wirtschaft hat daher der Bundesarbeitsminister fest zugesagt, die Vorbereitungen für die Anwerbung in Kürze zu intensivieren. Er denkt dabei in erster Linie an Italiener.

Diese Ankündigung, die in *Bild* nicht zu finden ist, wird in der *Welt* in den darauffolgenden Wochen mehrfach diskutiert. Auch über den Abschluss des Anwerbeabkommens berichtet die *Welt* ausführlich, ganz im Gegensatz zu *Bild*, wo das Abkommen nicht erklärt, sondern nur – gestützt auf SPD-Aussagen – kritisiert wird.

Welt, 21.12.1955

Arbeiter aus Italien

Nachrichtendienst der WELT//Rom/Bonn, 20. Dezember

Die Beschäftigung von jährlich 80 000 bis 100 000 italienischen Arbeitern sieht ein Abkommen vor, das Bundesarbeitsminister Storch und der italienische Außenminister Martino am Dienstag im italienischen Außenministerium in Rom unterzeichneten. Es handelt sich hierbei um eine Regierungsvereinbarung, die nicht der Zustimmung des Parlaments bedarf. Das Abkommen ist mit der Unterzeichnung in Kraft getreten. Es gilt zunächst für ein Jahr und kann dann jeweils für ein weiteres Jahr verlängert werden.

Der Rückgriff auf ausländische Arbeitskräfte wird im kommenden Jahr nicht zu vermeiden sein, wie der Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Sauerborn, [...] mitteilte. Sauerborn wies darauf hin, daß die Vereinbarung keine Angaben darüber enthält, wieviel italienische Arbeiter angeworben werden sollen. Umfang und Art

[...] werden vom Kabinett mit der italienischen Regierung auf Grund des jeweils in der Bundesrepublik nicht zu deckenden Kräftebedarfs vereinbart. [...] Mit der Ankunft der ersten Italiener wird im März gerechnet.

Bild, 21.12.1955

Italiener kommen

Rom, 21. Dezember

In der Bundesrepublik beschäftigte italienische Arbeiter sollen den deutschen Arbeitern sozial gleichgestellt werden. Einen entsprechenden Vertrag hat Bundesarbeitsminister Storch in Rom unterzeichnet. Die Italiener sollen hauptsächlich in der Landwirtschaft und im Baugewerbe eingesetzt werden. Bis Ende 1956 sollen etwa 50 000 kommen.

Kritik der SPD: „Ausländische Arbeitskräfte sollten erst dann angeworben werden, wenn es keine deutschen Arbeitskräfte mehr gibt.“ Die Bundesregierung habe nicht genug getan, um die langfristige Arbeitslosen unterzubringen.

Bis auf kleinere Beiträge zur Umsetzung des Abkommens hat sich die redaktionelle Diskussion über die Anwerbung mit der Unterzeichnung der Vereinbarung erledigt. Die *Welt* erläutert Mitte März 1956 noch einmal, wann und wie die ersten Gruppen von Italienern nach Deutschland kommen sollen. Die Ankunft der ersten Italiener in der hessischen Industrie im April 1956 ist schließlich aber nur noch der *Bild*-Zeitung eine zweisätzige Meldung wert.

5.2 Leserbriefe in *Bild*

Die erwähnte Sorge um eine Verdrängung deutscher durch ausländische Arbeitskräfte wurde in der *Bild*-Zeitung vor allem in den relativ zahlreichen Leserbriefen laut. Deshalb soll diesen gesonderte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Bereits die ersten Ankündigungen, die Bundesregierung plane die Anwerbung von Italienern, sorgten für Leserreaktionen. Die *Bild* reicherte diese mit Rechercheergebnissen an, so dass in der Ausgabe vom 09.12.1954 der folgende Beitrag abgedruckt wurde:

Tauziehen um Fremdarbeiter

Ich las in *Bild*, daß Bonn italienische Arbeitskräfte nach der Bundesrepublik verpflichten will. Wie ist nur so etwas möglich? Hier bei uns gibt es doch bestimmt noch so viele Arbeitslose, die sich freuen würden, solche Arbeiten zu machen.

Helmut Heierhoff, Witten Ruhr

Als Ostzonenflüchtling in Berlin frage ich das Bundeswirtschaftsministerium: Ist es in Bonn unbekannt, daß sich in Berlin einige tausend arbeitsfähige und -willige Ostzonenflüchtlinge befinden, die auf Fürsorgeunterstützung angewiesen sind?

Karl Schatz, Berlin

Wir Handwerker, Maurer und Zimmerer protestieren. Das ist nichts weiter wie Lohndrückerei.

Erich Wollenberg, Bremen.

Bild hat bei Bonner Stellen Rückfrage gehalten.

Arbeitsministerium: nein!

- Bundesarbeitsminister Anton Storch: „Diese Frage ist überhaupt noch nicht akut.“ Das Arbeitsministerium steht der Beschäftigung ausländischer Arbeiter ablehnend gegenüber. Italien, so erklärt man dort, habe nur ungelernte Arbeiter anzubieten, an denen aber bei uns kein Mangel herrsche. Unsere Arbeitslosen hätten auf alle Fälle den Vorrang.

Bundesanstalt: nein!

- Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Nürnberg lehnt – wie Bild bereits meldete – den Plan ebenfalls ab.

Ernährungsministerium: ja!

- An erster Stelle steht die Sicherstellung der Produktion. Es wäre denkbar, daß uns eine Verknappung der Landarbeiter zwingen könnte, wenigstens saisonmäßig Fremdarbeiter einzustellen.

Verkehrsministerium: ja!

- Bundesverkehrsministerium: Wir haben keine Bedenken, italienische Straßenarbeiter bei uns einzusetzen, wenn nicht genug deutsche Arbeiter zu haben sind.

Gewerkschaften: nein!

- Die Gewerkschaften wenden sich schärfstens gegen die Beschäftigung von Italienern, weil sie einen Druck auf das Lohnniveau befürchten.

Italien: schon Besprechungen!

- Italienische Botschaft: Viele westdeutsche Firmen haben bereits italienische Arbeiter angefordert. Deswegen sind in Venedig unverbindliche deutsch-italienische Besprechungen über die Erteilung von Arbeitsgenehmigungen für zehn- bis zwanzigtausend landwirtschaftliche Arbeiter geführt worden. Italien kann 50 000 – 100 000 Arbeiter an Deutschland abtreten.

Kabinett: Tauziehen!

- Innerhalb des Bundeskabinetts ist es über diese Frage zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten gekommen. Sie sollen jetzt in Besprechungen der Fachausschüsse geklärt werden.

Dieser Beitrag ist zum einen einer der wenigen umfangreichen Beiträge zum Thema Anwerbung, zum anderen ist er auch insofern außergewöhnlich für *Bild*, als er die Frage nach der Notwendigkeit einer Anwerbung aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet. Wie bereits zuvor erläutert, neigt *Bild* sonst eher zur isolierten Darstellung einzelner Positionen. *Bild* nimmt jedoch auch bei diesem Beitrag keine eigene Wertung vor, sondern lässt die Positionen der verschiedenen Ministerien und Institutionen für sich stehen.

Die Leserstimmen, die vor der kleinen Umfrage veröffentlicht sind, sind exemplarisch für alle weiteren Zuschriften, die in den Folgemonaten abgedruckt werden. Als „Anwalt des kleinen Mannes“ veröffentlicht *Bild* wiederholt eben dessen Sorgen. Die Schicksale, die in den Leserbriefen zum Teil höchst emotional geschildert werden, lassen die Anwerbung von ausländischen Arbeitern nicht nur unnötig, sondern widersinnig und regelrecht ungerecht erscheinen. Das Dilemma zwischen (Langzeit-)Arbeitslosigkeit in Einzelfällen auf der einen und einem allgemeinen Arbeitskräftemangel auf der anderen Seite wird von *Bild* nicht er- oder geklärt.

5.3 Anknüpfung an alte Denkmuster

Obwohl mit dem Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und Italien die Ausländerbeschäftigung als neuartige, provisorische Lösung zur Entlastung des Arbeitsmarktes wirkte, zeigen sich in der Berichterstattung von *Bild* und *Welt* mehrfach noch Denk- und Sprachmuster von vor 1945.

Es fängt an mit der Bezeichnung der Arbeitskräfte: Auch wenn das deutsch-italienische Anwerbeabkommen den formalen Startpunkt der Gastarbeiterphase ausmachte, wird der Ausdruck „Gastarbeiter“ Mitte 1955 noch nicht benutzt. Stattdessen liest man sowohl in *Bild* als auch in der *Welt* wiederholt von *Fremdarbeitern*. Zwar überwiegt die Bezeichnung als *ausländische Arbeiter/Arbeitskräfte* oder schlicht *Ausländer*, aber auch der von den Nazis für ihre Zwangsarbeiter geprägte Begriff wird weiter unkritisch verwendet. Diese Beobachtungen zeigen ein typisches Phänomen der 1950er-Jahre, das auch durch andere Studien und Inhaltsanalysen gedeckt wird. So stellen Jung, Niehr und Böke (2000: 53ff.) in ihrem diskurstheoretischen Wörterbuch zur Einwanderung fest, dass das „belastete Wort Fremdarbeiter“ erst mit Beginn der 60er-Jahre durch das freundlichere „Gastarbeiter“ ersetzt wurde. Und auch Herbert (2001: 206) kommt zu dem Schluss, dass die Anwerbung von Ausländern „in mancher Hinsicht durchaus im Zusammenhang zur Zeit vor 1945 gesehen [wurde], was sich nicht nur an dem wie selbstverständlichen Weitergebrauch der Bezeichnung ‚Fremdarbeiter‘ zeigte.“

Eine zweite Auffälligkeit ist eine Sichtweise auf die ausländischen Arbeiter, die diese nicht als Menschen wahrnimmt, sondern vielmehr als je nach Bedarf einsetzbare Masse; Dohse (1989: 2) spricht in diesem Zusammenhang vom „Warencharakter der Arbeitskraft“. Nicht nur die Tatsache, dass eine Aufnahme und Eingliederung der Italiener in die bundesdeutsche Gesellschaft von beiden Zeitungen in keiner Form thematisiert wurde, spricht für diese Einstellung, sondern auch die Formulierungen, die in den Beiträgen zum Thema immer wieder auftauchen. Im Dezember 1954 zitiert die *Welt* Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard mit folgenden Worten:

Wir denken nicht an einen Import italienischer Arbeitskräfte, sondern wir denken daran, deutschen Firmen die Möglichkeit zu geben, sich bei Bedarf auf dem italienischen Arbeitsmarkt ebenso umzusehen wie sie es hier in Deutschland tun. (*Welt*, 16.12.1954).

Dieser Satz ist exemplarisch für die Einstellung gegenüber den italienischen Arbeitskräften: Sie sind Waren, an denen sich deutsche Arbeitgeber bedienen können sollen. Auch sonst treten die Italiener fast ausschließlich passiv auf – sie *werden beschäftigt, verpflichtet oder geholt*, ihre *Hereinnahme wird gestattet*. Dass die Frage nach Integration nicht aufkommt, mag so kaum verwundern.

6 Fazit

Der Schweizer Schriftsteller und Journalist Max Frisch hat das Phänomen, das sich nach der Anwerbung von „Gastarbeitern“ in seiner Heimat zeigte, einmal mit folgenden Worten beschrieben: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.“ (zit. nach Geißler 2005: 19) Dieser Ausspruch trifft die Erwartungshaltung in der Bundesrepublik, die sich in der Berichterstattung von *Bild* und *Welt* in den Jahren 1954 bis 1956 gezeigt hat, auf den Punkt. Von der Politik als kurzfristige, provisorische Maßnahme zur Überbrückung des Arbeitskräftemangels geplant, wurde die Anwerbung von ausländischen Arbeitern auch in der Presse vor allem im Hinblick auf die Frage diskutiert, ob der Mangel bereits so groß ist, dass die inländischen Reserven nicht mehr ausreichen. Welche langfristigen Auswirkungen die gezielt geförderte Zuwanderung von ausländischen Arbeitern in die Bundesrepublik haben sollte oder wie man die Zuwanderer in die deutsche Gesellschaft integrieren könnte, stand in den Monaten rund um den Abschluss des Anwerbeabkommens nicht zur öffentlichen Debatte.

1955 markiert für Deutschland ein wichtiges Jahr. Nach Wiederaufbau und Besatzungsherrschaft ist die junge Bundesrepublik fast souverän, und das

Wirtschaftswunder zeigt seine ersten Folgen: Deutschland befindet sich im Aufschwung, die Wirtschaft boomt, der Lebensstandard steigt. Gleichzeitig sind die Erinnerungen an den Krieg noch frisch. Groß ist die Sorge, dass der Aufschwung schnell wieder zusammenbrechen könnte. Vor eben diesem Hintergrund thematisieren *Bild* und *Welt* die Anwerbepläne der Bundesregierung.

Die Inhaltsanalyse zeigt, dass beide Zeitungen einer Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften in Deutschland skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden. Dem absehbaren Mangel an Arbeitskräften wurde immer wieder die nach wie vor bestehende Arbeitslosigkeit entgegengestellt. Diese diente als ebenso simples wie schlagendes Argument gegen die Zuwanderung. *Bild* pflegte gerade durch die regelmäßige Veröffentlichung von Leserbriefen, die Schicksale von Arbeitslosen schilderten, die Rolle als „Anwalt des kleinen Mannes“. Die *Welt* versuchte eher, die Thematik und Problematik sachlich einzuordnen. Den großen Konflikt *Arbeitslosigkeit versus Arbeitskräftemangel* konnte aber auch sie nicht auflösen.

Die Berichterstattung beider Zeitungen war stark bestimmt von der politischen Agenda: Der Großteil der Meldungen und Berichte zum Thema basierte auf offiziellen Mitteilungen. Als die Ausländerbeschäftigung mit dem Abschluss des Anwerbeabkommens vorerst geklärt war, gab es in der Folge auch kaum mehr eine öffentliche Thematisierung. Die Anwerbung wurde nicht mehr infrage gestellt, die Ankunft erster kleiner Gruppen von italienischen Arbeitern waren kaum mehr kurze Meldungen wert.

Vergessen sollte man dabei nicht, dass beim Abschluss des Anwerbeabkommens „weder absehbar noch intendiert [war], daß nur knapp zehn Jahre später über 1 Million Ausländer in der Bundesrepublik arbeiten würden“ (Dohse 1968: 175). Dadurch, dass die unmittelbaren Effekte der Ausländerbeschäftigung noch so gering waren und sich die Diskussion um Für und Wider auf einer sehr abstrakten Ebene abspielte, rückten langfristige Folgen erst gar nicht ins Interesse. Dies kann erklären, warum die Frage nach Integration oder Eingliederung der ausländischen Arbeiter in die deutsche Gesellschaft im Untersuchungszeitraum in beiden Zeitungen in keiner Form aufgeworfen wurde. Aber Dohse (1968: 177) argumentiert zurecht, dass dem ersten Anwerbeabkommen gerade deshalb eine größere Bedeutung zukommt als die quantitativen Auswirkungen vermuten lassen: Die formalen Entscheidungsprozesse und Regelinstrumentarien wurden mit dem ersten Anwerbeabkommen etabliert und gefestigt; die grundsätzliche Möglichkeit der Arbeitsmarköffnung stand nicht mehr zur Diskussion.

Die Ausländerbeschäftigung war Mittel zum Zweck, willkommen war in Deutschland Mitte der 1950er-Jahre in erster Linie die Arbeitskraft von Ausländern – ob auch die Menschen dahinter willkommen sein würden, blieb zweifelhaft. Die Leserstimmen in *Bild* vermitteln bereits einen Eindruck vom

Konkurrenzgefühl, das bei einer Vielzahl von Deutschen durch die Anwerbung ausgelöst worden sein mag. Bestätigt wird dieser Eindruck durch eine Umfrage des Allensbach-Instituts vom März 1956: „Haben Sie davon gehört, daß italienische Arbeiter nach Deutschland geholt werden sollen, um hier in den Fabriken und bei den Bauern zu arbeiten?“, fragte das Meinungsforschungsinstitut. 82 Prozent der Befragten antworteten mit Ja – und der überwiegende Teil (55%) der Befragten sprach sich im Anschluss ausdrücklich gegen eine Anwerbung aus. Nur ein Fünftel der interviewten Deutschen befürwortete die Anwerbung von ausländischen Arbeitern (vgl. Noelle/Neumann 1957: 258) – und das zu einem Zeitpunkt, da ihr tatsächliches Ausmaß noch gar nicht abzusehen war.

Das zeigt: Anders als oftmals angenommen, wurden die „Gastarbeiter“ in Deutschland nicht erst mit Beginn der Weltwirtschaftskrise, dem Anwerbestopp und der wachsenden Zahl von Familiennachzügen in den 1970er-Jahren kritisch beäugt. Und obwohl das untersuchte Material bereits mehr als ein halbes Jahrhundert alt ist, ist die ihm zugrundeliegende Problematik heute aktueller denn je: Wieder fehlen Deutschland Arbeitskräfte, erst im Sommer 2008 hat die Bundesregierung ein Aktionsprogramm beschlossen, um die Zuwanderung von Hochqualifizierten zu fördern (vgl. BMAS 2008). Angesichts von mehr als drei Millionen Arbeitslosen hat sich indes das große Gegenargument ebenfalls nicht geändert (vgl. Bonstein 2008: 90f.). Es scheint daher interessant und wünschenswert, in einer Inhaltsanalyse aktueller Medien – oder auch einer Längsschnittanalyse – zu untersuchen, ob und inwieweit sich der öffentliche Diskurs in den vergangenen Jahrzehnten verändert hat.

Literatur

- Abelshauser, Werner (2004): Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945. München.
- Bonstein, Julia (2008): „Klares Jein: Die Bundesregierung will den Zuzug für ausländische Fachkräfte erleichtern. Doch statt einer echten Reform bringt das nun vorgestellte Aktionsprogramm nur neue Sonderregeln.“ In: *Der Spiegel*, H. 30/2008, S. 90-91.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2008): „Aktionsprogramm der Bundesregierung konkretisiert“ Pressemitteilung vom 27.08.2008. Online unter: <http://www.bmas.de/portal/27318/> [Stand: 09.10.2008].

- Bundesregierung (1955): Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Italienischen Republik über die Anwerbung und Vermittlung von italienischen Arbeitskräften nach der Bundesrepublik Deutschland. In: *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (ANBA)*. Jg. 4, H. 2. Nürnberg, S. 52-75.
- Delgado, J. Manuel (1972): Die „Gastarbeiter“ in der Presse. Eine inhaltsanalytische Studie. Opladen.
- Diekmann, Andreas (2004): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg.
- Dohse, Knuth (1981): Ausländische Arbeiter und bürgerlicher Staat. Genese und Funktion von staatlicher Ausländerpolitik und Ausländerrecht. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik Deutschland. Königstein (Taunus).
- Geißler, Rainer (2005): Vom Gastarbeiterland zum Einwanderungsland. Herausforderungen an das Mediensystem. In: Geißler, Rainer/Pöttker, Horst (Hrsg.): Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss – Forschungsstand – Bibliographie. Bielefeld, S. 15-24.
- Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland: Saisonarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München.
- Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Böke, Karin (2000): Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse. Ein diskurshistorisches Wörterbuch zur Einwanderung seit 1945. Wiesbaden.
- Klammer, Bernd (2005): Empirische Sozialforschung: Eine Einführung für Kommunikationswissenschaftler und Journalisten. Konstanz.
- Kruip, Gudrun (1999): Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags: Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen. München.
- Mehrländer, Ursula (1978): Bundesrepublik Deutschland. In: Gehrmacher, Ernst/Kubat, Daniel/Mehrländer, Ursula (Hrsg.): Ausländerpolitik im Konflikt. Arbeitskräfte oder Einwanderer? Konzepte der Aufnahme- und Entsendeländer. Bonn. S. 115-137.
- Meier-Braun, Karl-Heinz (1984): Ausländerpolitik. In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Handwörterbuch Ausländerarbeit. Weinheim u.a., S. 65-70.
- Müller, Hans Dieter (1968): Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie. München.

- Noelle, Elisabeth/Neumann, Erich Peter (Hrsg.) (1957): Jahrbuch der Öffentlichen Meinung 1957. Allensbach (Bodensee).
- Pagenstecher, Cord (1994): Ausländerpolitik und Immigrantenidentität. Zur Geschichte der „Gastarbeit“ in der Bundesrepublik. Berlin.
- Prollius, Michael von (2006): Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945. Göttingen.

